

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

erscheint an jedem Montag nachmittags. Die Bezugs-Gebühr des Blattes beträgt in Stadt und Land feste durch die Post bei freier Zustellung monatlich 1,40 RM, in den Ausgabestellen angelegt 1,20 RM monatlich. Die Abzugsstellen sind: Halle a. S., Postamt 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Verlags-Verband: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Deubenstraße 17. Fernsprecher-Samstag: 2000-2001. Nummer 1140 und 1142. Stadt-Verlagsstelle: Markt 24. Druck-Verlag: Halle a. S., Postamt 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Der Sultan vor der Abdankung?

Eine scharfe Note auslands an England / Neuer Vorstoß Kemals in die neutrale Zone / England rüstet weiter / Abkündigungsdebatten im Völkerbund / Vorbehalte der Repto?

Thronwechsel am Bosphorus.

Mustafa Kemal zum Großvezier auserzehen.
Paris, 26. September. „Chicago Tribune“ meldet aus Konstantinopel, daß die Abdankung des Sultans als feststehende Tatsache betrachtet werden kann. Unmittelbar nach dem Abschluß des Friedens werde der Sultan seine Abdankung geben, und zwar zugunsten des Thronfolgers, der dann Mustafa Kemal zum Großvezier ernennen wird. Kemal selbst betont zwar, daß er die Abdankung des Sultans nicht verlangt, aber die Nationalisten bestehen darauf, daß er den Thron zu verlassen habe.
Konstantinopel, 26. September. Der Großvezier des Konstantinopeler Kabinetts, der Minister des Auswärtigen Jit Falda und der Innenminister Nis Falda überreichen dem Sultan ihr Entlassungsgesuch. Man hofft vor der Bildung eines Kabinetts aus nationalistischen Männern und vor der Entthronung des Sultans, der wahrscheinlich durch den Thronfolger Mehmed VI. abgelöst werden wird.

Sag, 27. September. (Eig. Drahtmeldung.) In Konstantinopel werden Bürgerkrieger bereitet, die die Türken zu Gewalttätigkeiten gegen die Engländer aufreizen. Ebenso regen sich die arabischen Stämme, die in Konstantinopel in großer Zahl vorhanden sind. Charakteristisch ist, daß durch einen kleinen Raum in einem Kino in der Perastraße sofort eine Panik in der ganzen Stadt ausbrach und die Garnison alarmiert wurde. — Bisher noch nicht verurteilten Belgier Nachrichten zufolge, soll Prinz Georg von Serbien zum König ausgerufen worden und die Hausmacht in Belgrad als Generaloberhaupt der jugoslawischen Monarchie ernannt werden. — Nachrichten aus Sofia berichten, daß in Sofia der Belagerungszustand erklärt worden ist, da es in den letzten Tagen in den Straßen der Stadt mehrfach zu Straßenkämpfen gekommen ist. Bei diesen Kämpfen wurden etwa 15 Personen getötet und über 100 verwundet. — Der frühere montenegrinische Ministerpräsident Jovanowitsch befindet sich in Rom mit 20 bewaffneten Montenegroern das Generalkonsulat. — Die Königin Wilhelmina von Montenegro. Die Königin proklamierte und erklärte, daß ihre Dynastie nicht abtante.

Annahme der Militerkennung durch die Türken?

London, 27. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der fematistische Vertreter in Konstantinopel erklärte, daß die Frage der Militerkennung als Grundlage der Verhandlungen von den Türken angenommen wurde. Bei der Behandlung der Meerengenfrage müßten alle Randstaaten des Schwarzen Meeres beteiligt sein, also auch Rußland, die Ukraine, Georgien und Bulgarien. Der Wiener Korrespondent des „Daily Telegraph“ erfährt aus Regierungskreisen, daß Griechenland der Rückgabe Troazens an die Türkei nicht zustimmen werde. Wenn Troazien für Griechenland verloren gehe, so wäre Griechenland als unbedeutendes, von Schulden erdrücktes, armes von Feinden umgebenes Land. Es sei daher entschlossen, um Troazien mit Waffengewalt zu kämpfen.

Die Pariser politischen Kreise wird die Lage ziemlich ernst beurteilt. Auch an der Börse herrscht ein allgemeines pessimismus vor. Am 26. September wurde den französischen Vizepräsidenten erklärt, daß es die beste Lösung wäre, wenn auch die Engländer nunmehr ihre Truppen von der asiatischen Dardanellenküste zurückziehen. In Pariser englischen Kreisen hält man es jedoch für ausgeschlossen. Man betont, daß die Auslieferung des asiatischen Meeres von der Meerengen an die Türken mit der englischen Auffassung von der Meerengenfreiheit nicht zu vereinbaren wäre und dazuerüber schließlich die Erwartung, daß im Falle eines türkischen Angriffs auf eine der neutralen Zonen, zu denen auch das asiatische Dardanellenmeer gehört, auch Frankreich und Italien Streitkräfte zur Verteidigung der bedrohten Zonen landen würden.

Sowjetrußland greift ein.

Vorstoß für eine Konferenz. — Eine scharfe Note an England.
London, 26. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetregierung hat an die englische Regierung eine Note in der Orientfrage gerichtet, aus der wir folgendes entnehmen:
Die russische Regierung erblickt den Anknüpfen in der Frage des Nahen Ostens lediglich in der Anerkennung des türkischen Rechtes, die unantastbare Souveränität der Türkei. Die Auslassungen der Westmächte, die sich mit dem Problem der Meerengen befassen, leugnen die berechtigten Interessen Rußlands. Die russische Regierung muß in entscheidender Form gegen diese Verletzung der eigentlichen Rechte Rußlands und seiner Verbündeten Republik Einspruch erheben. Rußland warnt die Westmächte vor einer Wiederholung ihrer auf der Anerkennung der Lebensinteressen der von den Meerengenfragen am engsten betroffenen Staaten begünstigten Politik. Keine einzige ohne Rußland zustande gekommene Entscheidung über die Meerengen wird als verbindlich und von Dauer sein. Die Verteidigung Konstantinopels gegen das türkische Volk, gegen die türkische Armee und die türkische Regierung, die lediglich zu ihrem rechtmäßigen Ansehen zurückzuführen müßte, ist ein Vorwand, der nur das Ziel der Eroberung auslösen kann. Die russische Regierung ist der Überzeugung, daß die berechtigten Interessen einiger Staaten durch Abkommen eines Ausmaßes aus der Krise des

Nahen Ostens zu finden, kein fruchtbares Ergebnis zeitigen und die Gefahr eines neuen Krieges nicht abwenden können. Rußland schlägt daher unter Betonung seiner besonderen Lage im Osten und am Schwarzen Meere und im Namen der interessierten Völker zur freilichigen Lösung des Konflikts die sofortige Einberufung einer Konferenz aller interessierten Staaten und hauptsächlich aller Nachbarstaaten des Schwarzen Meeres vor.

Die Zürten in der neutralen Zone.

London, 26. September. (Eig. Drahtmeldung.) Reuter meldet aus Konstantinopel, die türkischen Kavallerieeinheiten, die gehen aus Grenzeng in der Tiflisanzone sich zurückgezogen hatten, sind wieder in vermehrter Stärke, schätzungsweise 2000 Mann, zurückgeführt. Eine britische Abteilung hat Stellung gehalten gegen die Entsendung einmengenommen und ist für jede Eventualität bereit. Nach neuester Meldung haben sich diese Truppen Kemals wieder zurückgezogen.

Zwei englische Infanteriebataillone der rheinischen Besatzungsarmee haben Befehl zum Abzug nach Warka erhalten, wo über ihre weitere Verwendung durch das britische Oberkommando verfügt werden wird. Von Southampton und Glasgow sind gestern neue Truppentransporte abgegangen, um die Garnisonen von Konstantinopel und Tiflisan zu verstärken. Auch die Konzentration der Marinekräfte scheint noch keineswegs beendet, obwohl bereits die gesamte Mittelmeerflotte im Meerengegebiet zusammengezogen ist. Nach Meldungen aus London sollen die Türken ihrerseits bei Biga sowie im Osten und Nordosten von Tiflisan direkt marschieren, daß der von den Kemaliten um die neutrale Zone geleitete Ring immer enger wird.

Die mobilen Dreadnoughts.

Paris, 27. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der „Matin“ meldet heute, daß die Flotte der neuesten und mächtigsten Kriegsschiffe, die von der britischen Admiralität beschifft erhalten habe, Warka und Gibraltar zu verlassen, um sich nach dem Orient zu begeben, 5 Leberdreadnoughts umfasse, wozu 5 leichte Kreuzer und 12 Zerstörer kommen. Gleichzeitig meldet das Blatt, daß 3 Leberdreadnoughts, 1 leichter Kreuzer und eine Zerstörerflotte in Warka erwartet werden, wo sie sich ebenfalls nach dem Bosphorus begeben werden.

Abkräftungsdebatte im Völkerbund.

Genf, 27. September. (Teleunion.) Die heutige Kräftigungs des Völkerbundes wurde den Vorkriegszeiten unter dem Kommando über die einzelnen Punkte der technischen Abkräftungsfrage. Der Berichterstatter Lord Cecil brachte zum Schluß u. a., daß der Völkerbund in der Abkräftungsfrage nur Vorarbeiten machen könne, vollzogen werden müßten sie durch die Regierungen. Wenn auch auf Grund der Ansätze der verschiedenen Regierungen über den Stand ihrer Kräftigungen ein Fortschritt zu verzeichnen sei, so würden sich noch weitere Schritte im Hinblick auf die Abkräftungsfrage erheben müssen, um der unproduktiven Vorbereitung zu gestörten Kriegen zu bannen. Die gemeinsame Abkräftungskommission werde die Regierungen auffordern, jezt gemeinsam Hand in Hand mit dem Völkerbund in die Frage der Abkräftung heranzutreten, Lord Cecil stellte noch einmal fest, eine Abkräftung sei nur möglich, wenn gleichzeitige Garantieverträge zwischen den Regierungen abgeschlossen würden. Die Garantieverträge müßten allgemein sein. Der französische Delegierte de Jouvenel führte u. a. aus: Der internationale Gerichtshof ist der Anfang des internationalen Rechts. Aber dieser Gerichtshof ist noch nicht obligatorisch und er verfügt noch über keine Strafmaßnahmen. In der Abkräftungskommission stand u. a. sich drei Möglichkeiten gegenüber, diejenige Lord Cecil, der von vorkriegszeiten an allgemeine Garantieverträge forderte, die verbindliche Aufstellung eines allgemeinen internationalen Garantievertrages wüßte und Johann die Aufstellung der lateinischen Völker, die auch Frankreich vertritt. Diese Völker, ebenso wie Polen und die Balkanländer haben durch die Ansoffen des Krieges die Gefahren kennen gelernt und hatten den Wunsch nach Teilgarantieverträgen vor dem allgemeinen Garantievertrag für notwendig. In der Abkräftungsfrage ergibt sich nach der belgischen Delegation die Ansicht, daß die Reparationsfrage der Garantieverträge der Engländer höher, Frankreich habe ein Recht auf Reparationen und Deutschland ist hinsichtlich zur Zahlung verpflichtet. Er appellierte dann an die Mitarbeit Deutschlands und betonte, daß ohne die Lösung dieses Problems die wirtschaftliche Wiederaufbauung und die Durchführung der Abkräftung nicht möglich sei. Er erwartete viel von der Einigkeit der Regierungen, die sich in jeder Hinsicht daran mitarbeiten, eine neue friedliche Atmosphäre zu schaffen. Reparationsfragen sind nicht in der Lage, nochmals einen herzerregten Krieg wie den vergangenen zu ertragen. Der Vertreter Hollands legte die Stellung seines Landes dar, die die gleiche ist wie die der übrigen Staaten.

Die deutsch-belgische Einigung vor der Repto. Die Reparationskommission hat am 26. September unter dem Vorbehalt des Bedauerns über die Regelung der deutsch-belgischen Angelegenheiten beraten. Da die am 31. August d. J. geschlossenen Bedingungen erfüllt sind und Belgien mit der Garantie der Reichsbank zufrieden ist, wird die Kommission nach der Mitteilung der „Times“ voraussichtlich konstatieren, daß ihrer Entscheidung entziehen worden ist. Immerhin ist es (nach der gleichen Quelle) möglich, daß über das Arrangement zwischen der Bank von England und der Reichsbank Abklärung verlangt wird.

„Ereignisse und Gestalten“.

Aus den Lebenserinnerungen Kaiser Wilhelms II.

Gleichzeitig im Auslande und im Innlande haben die Veröffentlichungen begonnen, mit denen der Selbsterzählung des Kaisers die Erinnerungen des früheren Kaisers — das Buch — kommt demnachst heraus — eine Waffenerweiterung zu geben beabsichtigt. Die Erinnerungen waren ursprünglich, wie schon früher mitgeteilt, nur für die Familie des Kaisers, insbesondere für seine Söhne, bestimmt. Ihnen sollten sie ein Vermächtnis sein. Aber, so wird erzählt, der Kaiser habe sich durch seine verborgene Gemahlin bewegen lassen, seine Aufzeichnungen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Was bisher von den Erinnerungen in in- und ausländischen Zeitungen erschienen ist, läßt heute schon den Schluß zu, daß der Historiker, der einst unbeeinträchtigt die Geschichte jener Jahre 1878—1918 schreiben wird, reiche Arbeit erhält, das Subjektive aus den Aufzeichnungen zu abstrahieren, um nicht zu falschen Schlüssen zu gelangen. Die bisher veröffentlichten Kapitel des Werkes, deren wesentliche Wir in der heutigen Nummer folgen lassen, beschäftigen sich in der Hauptsache mit Bismarck als dem Erbauer der deutschen Außenpolitik. Obwohl Kaiser Wilhelm Worte der höchsten Verehrung für den Altmeister findet, obwohl er immer wieder unterstreicht, wie er das staatsmännliche Genie Bismarcks allzeit bewundert habe, so richtet sich doch seine Kritik gerade besonders scharf gegen Bismarcks Behandlung der auswärtigen Fragen, Kaiser Wilhelm hat vieles daran auszulassen. Die Axt der Außenpolitik von Deutschland setzt er auf Bismarcks Rechnung und kommt schließlich auf einen langen Wege dazu, diese Politik als die Hauptursache des Weltkrieges erscheinen zu lassen. Selbst wer unbefangenen Gemütes diese Ausführungen liest, kann die Widersprüche und Irrtümer, in die sich der Memoirenschreiber dabei verstrickt, nicht übersehen.

Man kann Kaiser Wilhelm beistimmen, wenn er sagt, daß die autoritäre Führung der auswärtigen Politik keine Selbständigkeit der Mitarbeiter aufkommen ließ und deshalb keinen guten Nachwuchs in der Diplomatie erzog. Aber sonst sind doch die Ausführungen im höchsten Maße anfechtbar. Der Berliner Kongress, der 1878 begann, wird zum Ausgangspunkt der Erdtrüben genannt. Der Kongress schloß den russisch-türkischen Krieg ab, der mit einer willigen Niederlage der Türkei endete. Der fränke Mann am Bosphorus mußte den Frieden von St. Stephanus schließen. Das bedeutete u. a. die völlige Freigabe der europäischen Türkei. Rußlands Österreich und England, die ihre Interessen auf dem Balkan geschützt glaubten, müßten sich ein und die Gefahr eines neuen Krieges soz heraus. Auf einseitigen Wunsch griff Bismarck als Vermittler ein. Der russische Graf Schadow ging Bismarck in Auftrag des Zaren ausdrücklich darum an. Der Berliner Kongress kam zu stande und die russischen Ansprüche wurden auf ein Maß zurückgeführt, wie es die Erhaltung des Friedens bedingte. Bismarck zeigte sich bei den Verhandlungen durchaus als ein Staatsmann, der für Rußlands Interessen Verständnis und Wohlwollen hatte. Aber natürlich konnte er nicht den russischen Ansprüchen in ihrer Gesamtheit nachgeben. Die Russen nahmen das übel und die unendliche Stimmung war gegeben. So ungefähr stellen sich die geschichtlichen Tatsachen dar. Was aber formuliert der kaiserliche Memoirenschreiber daraus? Nach seiner Darstellung ist der Berliner Kongress überhaupt ein Fehler gewesen. Wilhelm II., der Anfang der 80er Jahre ins Auswärtige Amt kam, um sich dort einzuarbeiten, hat mit jugendlicher Unbesonnenheit dem Vorkriegsstande damals schon auseinandergerissen, daß Bismarck länger gehandelt hätte, wenn er es zum Anstöße zwischen England und Rußland hätte kommen lassen, denn damit wäre die Möglichkeit eines Einverständnisses zwischen beiden Ländern ein für allemal beseitigt gewesen. Weil das nicht geschehen ist, weil Rußland zuerst der Vertrag von St. Stephanus „ausgenutzt“ worden sei, — tatsächlich hat Rußland den Vertrag erzwungen — und nachher auch noch der Berliner Kongress, habe sich in Rußland eine Zerschlagung gegen Deutschland entwickelt und einen Boden geschaffen, aus dem der Weltkrieg entspringen immer neue Nahrung ziehen konnte. „Revanche pour Sedan“ — dieser Barter Ruf habe zum Zusammenstoßen mit dem Ruf von Petersburg; „Revanche pour St. Stephanus“.

Wenn man diese Darlegungen des Kaisers ungeprüft hinnehmen, dann hat man die einfache Formel: Bismarcks politischer Fehler vom Jahre 1878 ist der Ugrund für den Weltkrieg 1914. Das dürften in Deutschland allerdings recht wenige glauben. Die Fehler, die zum Weltkrieg führten, sind später gemacht; in der Zeit, wo Bismarck nicht mehr unsere auswärtige Politik lenkte und danach, als er längst im Grabe ruhte. Schon ein kurzer Hinweis auf den Rückversicherungsvertrag mit Rußland, den Kaiser Wilhelm so leichtig preisgab, widerlegt jene Konstruktion.

Von gleichem Wert ist ein zweiter Vorwurf gegen die Bismarcksche auswärtige Politik, daß sie zu kontinental gewesen und nicht über Europa hinausgegangen hätte, nicht auf die Führung einer großen Politik im Hinblick auf England eingestellt gewesen sei. „Das Auswärtige Amt hatte keine Erfahrung in der Weltpolitik, und die englische Psyche und Mentalität in der westlichen Verfolgung des Planes der Weltbeherrschung war dem Auswärtigen Amt ein Buch mit sieben Siegeln.“ Ein Staatsmann, auf den diese

